

Marktoberdorf, den 16.12.2022

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen zum Kreishaushalt

Dr. Günter Räder

Sehr geehrte Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

beginnen möchte ich heute mit der Zusammenfassung:

Wir stehen hinter diesem Haushalt. Wir stehen hinter der Erhöhung der Kreisumlage in dieser Höhe. Wir werden dem Gesamten zustimmen. Wir sind weiterhin der Meinung, dass wir einiges schneller umsetzen müssen, wenn wir dazu beitragen wollen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Wir haben den Antrag vom Kollegen Roland Brunnhuber abgelehnt, der ja Auswirkung auf die Kreisumlage gehabt hätte.

Bei den Erneuerbaren Energien hat er zwar die richtige Frage gestellt. Aber der Landkreis ist derzeit nicht der berufene Partner, um hier Infrastruktur zur Stromspeicherung zu schaffen. Hier sind die Netzbetreiber am Zug. Wenn sich nichts tut, kann die Antwort in ein paar Jahren auch anders ausfallen.

Ich hatte im letzten Jahr bei meiner Stellungnahme darauf abgehoben, dass wir uns noch nicht vorstellen können, wie viel Zubau an Erneuerbaren Energien notwendig sein wird, damit wir der immer schneller laufenden Klimakrise beikommen können. Das Jahr 2022 hat sehr deutlich die Lage verschärft. Durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine sehen wir wie abhängig wir von Energieimporten sind. Dass wir am süßen Gift der billigen Energieverfügbarkeit hängen. Jetzt sind die erneuerbaren der Retter in der Not, wenn wir sie denn ausreichend hätten.

Die recht kontroverse Debatte vom Kreisausschuss im Februar zur Dachnutzung des neuen Kreisbauhofes ist mir in Erinnerung geblieben. Wir haben uns danach zusammengerauft und beschlossen die Dächer auf den Gebäuden des Landkreises maximal für Solarenergie zu nutzen. Ich sehe das als politischen Erfolg, an dem nahezu alle mitgewirkt haben. Jetzt sind Mittel eingeplant, dass wir in dieser Richtung weiterkommen. Wir gehen davon aus, dass der Landkreis jetzt endlich auch selbst bei der Energieerzeugung tätig werden darf. Ich konnte bis heute keine neue Textfassung des Klimaschutzgesetzes finden in der das positiv geklärt ist.

Übrigens für den oder die Zwischenruferin vom letzten Jahr. Für das Dach des Pflegerschloss in Obergünzburg laufen die Planungen schon für die Solarstromgewinnung. Von Neuschwanstein habe ich noch nichts Entsprechendes gehört.

Ein weiterer Punkt, der für uns wichtig ist, ist das neue Wohngeld. Es steht aber letztendlich auch mit der Erhöhung der Kreisumlage in Zusammenhang.

Die Gewährung des neuen Wohngeldes soll mehrere Eigenschaften vereinen. Es soll eine zielgenaue Unterstützung der Menschen sein, die diese Unterstützung benötigen. Es soll schnell umgesetzt werden. Es ist eine Leistung für Haushalte mit kleinem Einkommen. Es soll verhindern, dass diese Menschen allein wegen gestiegener Wohnkosten auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen sind. Um dieses Spannungsfeld zwischen schneller Unterstützung, Genauigkeit und gründlicher Prüfung hinzubekommen, verlässt sich der Bund bei der Umsetzung auf die Erfahrung der Landratsämter als Mittelbehörde.

Ich fasse es als Vertrauensbeweis auf, dass den Landratsämtern diese umfassende Aufgabe zugetraut wird. Sicher sind die Vorbereitungen in den letzten Wochen auf Hochtouren gelaufen und ich bin mir nicht sicher, ob alle Umsetzungshinweise von Seite des Bundes schon vorhanden sind. Aber wir hier in den Kommunen tun das, was wir können. Wir stellen die Planstellen zur Verfügung und finanzieren

sie. Mit diesem höheren Wohngeld werden die gestiegenen Wohnkostenbelastungen und hier insbesondere die gestiegenen Heizkosten ausgeglichen. Das dient den Menschen hier vor Ort, die auf diese Unterstützung angewiesen sind. Denn Menschen mit geringem Einkommen sind am stärksten von den aktuellen Preissteigerungen betroffen.

Wir haben hier eine Verpflichtung die Unterstützung zielgenau zu gewähren.

Weil die Bundesregierung den vielen Krisen des Jahres 2022 gegensteuern wollte, kam eine Idee um die Ecke, die einen Kernbereich der Landkreise durcheinandergewirbelt hat. Das 9 € Ticket. Bei der Geburt machte es etwas den Eindruck, als sei es ein Schuss aus der Hüfte. Sein Nachfolgemodell des Deutschlandtickets beschleunigt viele Entwicklungen im öffentlichen Nahverkehr.

Die endgültigen Auswirkungen können wir heute noch gar nicht richtig abschätzen. Sie eröffnen uns ein weites Feld, das wir beackern können und auch müssen.

Die Einführung des Deutschlandtickets wird eine wirtschaftliche Entlastung für einkommensschwächere Menschen bringen. Wir müssen auf eine schnellere Einführung des Allgäuverkehrsverbundes drängen. Denn wir benötigen dann nur noch ein Monatsticket für den Verbundbereich (Kempten, Kaufbeuren, Ober- und Ostallgäu), das mit 19 € festgelegt werden kann. In dieser Region ermöglichte es die volle Mobilität. Die Einbindung der Bahn ist durch das Deutschlandticket ebenfalls schmerzlos geglückt. Von dem her liegt es nun an uns die neuen Chancen auszubauen. Die Angleichung der unterschiedlichen streckenbezogenen Tarife kann nachrangig behandelt werden, wenn wir noch ein attraktives Tagesticket einführen. Im Nahverkehrsplan hängen wir hinter unseren Zielsetzungen zurück, auch wenn wir jetzt vorsorglich 2,2 Mio € zusätzlich in diesen Teilhaushalt des ÖPNV einstellen. Diese Mittel dienen zum großen Teil dazu, um den Betrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können. Durch die Einbeziehung der Bahn müssen wir die Verkehre aber neu abstimmen.

Das sehe ich, wenn ich ins Günztal und nach Günzach schaue. In Günzach hat sich seit Dez 2021 eine erhebliche Verbesserung des Bahnhaltes ergeben, den wir im anschließenden Busverkehr nicht abbilden. In der Kombination der Verkehre ist ein großes Entwicklungspotenzial gegeben. Die neue Mobilitätsmanagerin wird in diesem Bereich viel Arbeit vorfinden.

Eine Abschätzung wie viele Menschen diese neuen Möglichkeiten wahrnehmen werden, ist heute sicherlich sehr schwierig. Die Erfahrungen aus den Hype um das 9 € Ticket lassen sich nur bedingt übertragen. Denn die Hälfte des Zeitraums des 9 € Tickets war Ferienzeit und es traf mit der großen Erleichterung nach den Coronabeschränkungen zusammen.

Ich will jetzt nicht groß in die Auseinandersetzung um die Finanzierung des Infrastrukturausbaues für den ÖPNV einsteigen. Aber ein bisschen sticheln will ich dann doch. Die Verkehrswende ist Teil der Bekämpfung der Klimakrise. Für uns wird zu viel Geld im Tunnelbau in München gebunden, so dass in der Fläche und damit auch in unserem Landkreis, zu wenig Mittel zum Ausbau zur Verfügung stehen. Hier müssen andere Schwerpunkte gesetzt werden.

Zum Ende dieses Themas noch eine Anmerkung: Die Einfachheit des 9 € Ticket Systems muss auf unser neues System übertragen werden. Trotzdem müssen wir sicherstellen, dass es physische Verkaufsstellen der Tickets gibt, da sicher nicht alle Nutzer*innen ein reines Onlineticket wollen. Auch das muss der neue Verkehrsverbund leisten.

An dieser Stelle darf ich mich bedanken bei der Verwaltung, besonders der Gruppe um Frau Kämmerin Schön für die Erstellung und Erklärung des Haushaltes. Bei den Kolleginnen und Kollegen für die offenen Diskussionen hier im Kreis. Und bei Dir, ich möchte an der Stelle in der persönlichen Form bleiben, lieber Maritta, für die Sitzungsleitung des Gremiums. Du hast diesen politischen

Prozess zur Erhöhung der Kreisumlage gut moderiert. Das Ergebnis ist: Die Gemeinden sind einverstanden. Sie dient dazu Verbesserungen für die Menschen hier vor Ort zu organisieren.

Das ist gut so.